



Protokoll der Steuerungsgruppe Kinderschutz (SG KS) vom 8.12.2017

Ort: Kreisverwaltung TF, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde
Zeit: 09:00-11:00 Uhr
Anwesende: Frank, Matzke (R I), Gesine Siems (R II), Heike Krautz (R III), Ines Dickhoff (R IV Uhr), Jeannette Müller (stellvertretend AL JA,) Diana Zabel (Koord. FH), Marion Lindner (SGL 51.2), Gudrun Buchmann (Soz. A), Mario Höhne (OA), Franziska Schulze (Psychologin KJGD für GA) Claudia Sponholz (PI Luckenwalde), und Heike Becker-Heinrich (JA, KSK)
Entschuldigt: Ria von Schrötter (JHA), Raissa Erbis (GA), Corinna Spikermann (StScha-BB)
Ohne Rückmeldung: Fr. Ernst (StSchA BB)
Protokollführung: Heike Becker-Heinrich

1. Begrüßung durch den Sprecher der Steuerungsgruppe

Herr Matzke begrüßte die Anwesenden. Mit 12 von 14 stimmberechtigten Mitgliedern (Vertretern) ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Herr Matzke verliest die Tagesordnung und lässt sie abstimmen. Ergebnis 12-0-0.

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Sprecher der Steuerungsgruppe, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Verlesung und Abstimmung der Tagesordnung,
2. Informationen zu noch offenen Punkten aus den Protokollen der vergangenen Sitzungen.
3. Eine Sprache finden am Beispiel „geistige Behinderung“ – „kognitive Beeinträchtigung“ – „Förderschwerpunkt Lernen“.
4. UMA / Migrationssensibler Kinderschutz – aktuelle Informationen der Mitglieder
5. Rückmeldungen zum 7. Fachtag Kinderschutz am 4.11.2017
6. Sonstiges
Termine, Infos, Absprachen, Festlegungen

2. Informationen zu noch offenen Punkten aus den vorangegangenen Protokollen

Herr Matzke teilte mit, dass die Raumbestätigung (A3-1-02, Raum Jüterbog) für die Termine der Steuerungsgruppe Kinderschutz 2018 erfolgte (2.2.; 20.4.; 29.6.; 16.11.2018).

Das abgestimmte Empfehlungsschreiben an JHA und Ausschuss für Gesundheit und Soziales ist herausgegangen.

Ergänzung durch fr. Müller: der Ausschuss für Gesundheit und Soziales wird die Federführung übernehmen und einen gemeinsamen Termin mit dem JHA und Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport anberaumen.

3. Eine Sprache finden am Beispiel „geistige Behinderung“ – „kognitive Beeinträchtigung“ – „Förderschwerpunkt Lernen“

Hr. Matzke führte ins Thema ein. Fr. Zabel teilt mit, dass sich der AK Frühe Hilfen mit dem Thema befassen will, dazu aber noch mit Frau Buchmann über das Bundesteilhabegesetz sprechen wollte. Leider war es aus terminlichen Gründen in 2017 noch nicht möglich. Der Sozialpädagogische Dienst des JA und das Sozialamt sind am Beginn der Zusammenarbeit zum Thema „Begleitete Elternschaft“, da auch Eltern mit Behinderungen zu beachten sind. Ihr ist wichtig, nicht nur eine gemeinsame Sprache zu finden, sondern auch zu klären, wer woran arbeitet, wer mit wem was auf den Weg bringt, um parallele Arbeiten zu vermeiden oder aufeinander abzustimmen. Die Frühen Hilfen wünschen sich eine strukturelle Abstimmung.

Fr. Dickhoff verwies in diesem Zusammenhang auf die bereits gemeinsam erarbeitete „Hilfetabelle“, die überarbeitet und um die neuen Bereiche ergänzt werden müsste. Zu beachten sind neue gesetzliche Grundlagen (z. B. ICF)

Fr. Buchman wies auf den für das Sozialamt unbefriedigenden Zustand hin, dass zum 1.1.2018 die neue Gesetzgebung in Kraft tritt, aber noch keine Vorgaben des Landes bestehen. Sie haben sie für die bundesweite Modellerprobung beworben, allerdings steht der Zuschlag noch aus.

Weiterhin teilt Fr. Buchmann mit, dass auch die Begutachtungen in sehr unterschiedlicher Weise dokumentiert und weitergegeben werden. Insbesondere die Gutachten der Agentur für Arbeit sind leider für die fachliche Folgearbeit nicht nutzbar.

Fr. Zabel verwies darauf, dass die JBA ebenfalls noch keine Angebote für Jugendliche mit Behinderungen hat. Diese Zielgruppe ist noch nicht berücksichtigt. (nachträgliche Anmerkung von Fr. Becker-Heinrich: Das hatte ich bereits bei der Konzeptionserstellung kritisch angemerkt, wurde aber darüber informiert, dass die Zielgruppe erst im 2. Schritt dazu kommen solle).

Absprache; Fr. Zabel übernimmt die Verantwortung der Koordination zur Überarbeitung der bisherigen Liste unter Einbindung aller Fachkräfte in diesem Bereich und ggf. mit Unterstützung der Landesstelle Frühförderung, Fr. Hüttmann.

Fr. Becker-Heinrich ergänzte, dass das Thema „Gemeinsame Sprache“ sich nicht nur auf das Thema Behinderung bezog, sondern dass es insgesamt unterschiedliche Begriffe für das Gleiche oder gleiche Begriffe für Verschiedenes gibt, die ggf. zu Kommunikationsproblemen oder Missverständnissen führen. Absprache: sollten uns solche Begriffe, Missverständnisse begegnen, wollen wir sie in eine Liste aufnehmen und zu einem späteren Zeitpunkt bearbeiten.

4. umA / migrationssensibler Kinderschutz – aktuelle Informationen der Mitglieder

Fr. Lindner gibt die Info von Hr. Herpay (TV Fachdienst Migration) weiter:

Es sei aktuell alles im „grünen Bereich“ und es gibt keine wesentlichen Infos vom FD Mig., da die Zuweisungen weiterhin unterhalb des Niveaus, welches als Planungsgröße vom MBSJ angedacht war (Auslastung schätzungsweise unter 75%) bleiben. Die UAG Migration nach §78 bleibt noch punktuell bestehen.

Die bereits angekündigten Gespräche mit dem DKJS sind erfolgt, Ziel ist die Betreuung und Versorgung gut zu gestalten.

Info Fr. Becker-Heinrich, dass auf Anregung von Fachkräften der Betreuung von Personen in GU ein Arbeitsmaterial erworben und an die Einrichtungen, auch UMA-Einrichtungen zur Nutzung in 2018 herausgegeben werden soll.

Titel: wir haben etwas unglaublich Großes geschafft – Ein Buch zur Stärkung von Kindern mit Fluchthintergrund (kann auch in anderen Alterstufen eingesetzt werden)

Autorin: Johanna Ringwald

Herausgeber: Universitätsklinikum Tübingen, Abteilung für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

1. Auflage, März 2017

V: Fr. Becker-Heinrich

Hr. Matzke teilte mit, dass lernwillige Jugendliche an den Schulen nicht weiter kommen, da das Lernniveau zu niedrig sei. Das führt zu Schulunlust und Sinken der Motivation. Er sieht Schule zum Handeln gefordert.

5. Rückmeldungen zum 7. Fachtag Kinderschutz am 24.11.2017

Exkurs zum Thema Prävention, SaS, Mittelverteilung

Fr. Sponholz teilte mit, dass in Ihrer AG der Ruf nach mehr Sozialarbeit an Schule (SaS) / Schulsozialarbeit lauter wurde. Ein herausforderndes Thema sei Mobbing / Cybermobbing.

Die Aussage des Kämmerers, im Rahmen der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA), dass keine weiteren Mittel für den Ausbau der Sozialarbeit an Grundschule zur Verfügung stehen, nahm sie mit großem Unverständnis zur Kenntnis. Häusliche Gewalt sei oft die Ursache für das Verhalten der Kinder in der Schule, so war insbesondere durch die SaS immer wieder beobachtet worden. Die Sozialarbeiternetzwerke (z. B. JNND) wollen das Thema SaS an Grundschulen weiterführend im JHA beraten sehen.

Fr. Becker-Heinrich informierte darüber, dass sie im November mit der neuen Ministerin Ernst im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung über das Thema multiprofessionelle Fachkräfte an Schulen gesprochen und auf den dringenden Bedarf hingewiesen hatte. Im Rahmen der Podiumsdiskussion hatte Frau Ernst diesen Bedarf ebenfalls bestätigt.

Fr. Zabel wies für TF auf die Kürzung der Mittel in allen Bereichen hin, was dazu führt, dass der dringend benötigte Ausbau der präventiven Angebote nicht erfolgen kann, somit immer ein Agieren als „Feuerwehr“ in der Jugendhilfe erfolgt.

Fr. Lindner erweiterte die Aussage und sagte, dass wir nicht immer nur auf die Jugendhilfe schauen können und hier „Pflaster kleben“, die dann auch entsprechend teuer sind. Bezogen auf die Verteilung der Gelder im Land, der einzelnen Ministerien, sieht sie die Notwendigkeit, dass das Bildungsministerium Geld in die Hand

nehmen muss, so dass an Schule und Kita die Mitarbeiter in die Lage versetzt werden können, ihrem Arbeitsauftrag gerecht zu werden und auch mit Verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen klar zu kommen und nicht in erster Linie Jugendhilfemaßnahmen zu fordern.

Intern muss sich der Landkreis positionieren, wie er mit der Situation der Kinder und Jugendlichen zukünftig umgehen möchte. Wenn man ernsthaft umsteuern möchte, muss im präventiven Bereich neben der HzE auch erst einmal sehr viel mehr Geld investiert werden, so dass sich die Ergebnisse ggf. in 3-4 Jahren im HzE Bereich auswirken können. Das ist allerdings eine politische Entscheidung und kann nicht durch eine formale Umsteuerung der Gelder innerhalb des JA aufgefangen werden.

Die Mitglieder der Steuerungsgruppe Kinderschutz war sich einig, dass das MBSJ dringend handeln muss. Dazu würde u. a. ein Umdenken in der Personalpolitik an Kitas und Schulen, gehören.

Leistungen, wie Schulbegleitung, werden zunehmend aus Jugendhilfemittel erwartet.

Fr. Buchmann ergänzte, dass Stundenkürzungen in vielen Bereichen zu beobachten seien und VV nicht umgesetzt werden, alles zu Lasten der Kinder.

Fr. Krautz sieht sehr wohl die Bemühungen des MBSJ bezüglich der Personalschlüsselverbesserung im Kitabereich, muss zugleich aber feststellen, dass die fachliche Qualität der Erzieherinnen, gerade der neuen Absolventen, nicht immer für die Praxis ausreichend ist.

Fr. Siems ergänzte, dass sie in den Bewerberverfahren gleiche Erfahrungen mache und fachliche Defizite feststellt. Zugleich weist sie auf die geringe Bewerberlage hin, mit der fast jede Kommune zu tun hat. Das führt dann schlechtestenfalls dazu, dass die Platzzahl mangels Personal nicht vollumfänglich angeboten werden kann.

Hr. Matzke, ergänzte, dass die Erzieherausbildung in Berlin/Brandenburg sehr breit aufgestellt ist, um die unterschiedlichsten Arbeitsfelder zu berücksichtigen, was zu Lasten der Qualität in einzelnen Bereichen geht.

Fr. Zabel weist auf die steigende Zahl der Quereinsteiger als neue Fachkräfte hin (2/3) und äußert die Sorge des Qualitätsverlustes in den Einrichtungen.

Im Ergebnis des Exkurses behält sich die Steuerungsgruppe vor, im kommenden Jahr eine Empfehlung an JHA, Bildungsausschuss, Kreistag für MBSJ zur Personalsituation / Finanzsituation und die Auswirkungen auf die Kinder zu formulieren.

Auch der Kreistag sollte über die Sorgen bezüglich der Haushaltsplanung, und somit aus Sicht der Steuerungsgruppe verhinderte Fortsetzung erfolgreich angelaufener Projekte, informiert sein.

In der Februarsitzung sollen hierzu konkretere Absprachen erfolgen.

Rückmeldung zum Fachtag mit Bekanntgabe der Evaluationsergebnisse erfolgte von Fr. Becker-Heinrich.

Es waren 114 Personen anwesend, abzüglich der Organisatorinnen, Referenten und Halbtagesteilnehmenden, verbleiben 96 mögliche schriftliche Rückmeldungen unter Nutzung des Rückmeldebogens. Eingegangen sind 61 Rückmeldungen, somit fast 59 %.

Die vertiefte Auswertung erfolgte mündlich und wird nach Fertigstellung der Dokumentation auf der Kinderschutzseite eingestellt. Im Ergebnis war eine gute Zufriedenheit der Teilnehmenden zu erkennen. Die Impulse aus den Arbeitsgruppen müssen noch ausgewertet werden.

6. Sonstiges

Kitaplatzproblematik

- Fehlende Plätze / fehlendes Personal
- Personalgewinnung / fachlich qualifiziertes Personal gewinnen / Bewerberlage
- Wegen Personalmangel tw. von Eltern kritisierte mangelnde Ausübung der Aufsichtspflicht
- Ärger von Eltern zur verzögerten Bescheid-Erteilung, fehlender Zusammenarbeit von Seiten einer städtischen Verwaltung, fehlende Kostenübernahmebescheinigung , ...
- Fehlende / verzögerte Erstattung des Kostenausgleich, trotz erteilter Kostenausgleichsbestätigung

Bitte an Fr. Müller, dies über die Amtsleitung JA an die Landrätin für die Beratung mit den Bürgermeistern weiter zu geben.

Termine der SG KS 2018, jeweils von 9-11 Uhr, mit geplanten Themen

2. Februar: anonymisierte Fallberatung / Themenberatung

(Falleinbringung bitte an Hr. Matzke und Fr. Becker-Heinrich richten)

V: alle Mitglieder der Steuerungsgruppe

20. April: Fr. Buchmann zu neuen gesetzlichen Grundlagen – Bundesteilhabegesetz-

V: Fr. Buchmann

29. Juni: Fallberatung präventiver Bereich trifft SG 51.2 Familienunterstützende Hilfen (Arbeitstitel)

V: Fr. Zabel und Fr. Hübner

16. November 2018: Schule und Kinderschutz

V: alle Mitglieder der Steuerungsgruppe, gewünscht ist neben dem Staatlichen Schulamt auch die Beteiligung von Schulleitungen